

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämliches Kreisblatt für den Kreis Grevenbroich-Neuß

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint wochentlich. — Dazu Wochenblatt „N.G.Z.“ Sonntag, „Musiktheater“, „Heimat und Welt“, „Katholische Kirchenzeitung“, „Unterhaltung und Wissen“, „Ernährung und Landwirtschaft“, „Die Frau und ihr Heim“, „Eigener Radiobetrieb“.

Der Bezugspreis beträgt M. 1,55 monatlich und 16 M. vierteljährlich.



Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe der 27 mm breiten Anzeigenspalte 12 Pfennig, für Familienanzeigen, Stellenangebote bei sofortiger Bezahlung 10 Pf. Lokale Anzeigen 10 Pf. Reklamen 1 mm Höhe 94 mm Breite 60 Pfennig. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Neuß Nr. 2553, Redaktion Nr. 2553. Zweigstelle Grevenbroich Nr. 234. Hauptgeschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46, Zweigstelle Grevenbroich, Bahnhofstraße 84. Reichsbank-Giro-Konto, Volksbank-Konto Köln 41 500.

Nr. 341

Hauptverleger:
Dr. Heinrich Staab

Neuß, Dienstag, 13. Dezember 1932 (Lucia)

Rotationsdruck und Verlag
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß

59. Jahrgang

Amerika verlangt bedingungslose Zahlung.

Enttäuschung in London. — Herriot versteckt sich hinter Macdonald. — Die Kammer mußt auf. — Herriot sucht eine Formel.

Britische Kritik an der dritten englischen Schuldennote.

London, 13. Dez. (Eig. Radiodienst.) In konservativen Kreisen beginnen sich Zweifel zu regen, ob die letzte britische Note an Amerika glücklich formuliert sei. Diese Zweifel dürften bereits in der morgigen Unterhausdebatte zum Ausdruck kommen.

„Times“ berichtet, viele konservative Unterhausmitglieder hätten es für einen Fehler, daß die Note in einem klaren, unmissverständlichen Sinn die Zahlung der Dezember-Rate ausdrückt und Nichtzahlung der Juni-Rate androht.

„Morning Post“ schreibt, daß auch innerhalb des Kabinetts die „überstürzte Art und Weise“ abfällig beurteilt werde, in der die britische Note abgefaßt worden sei.

Auch über die Vereinbarung, die Macdonald und Chamberlain mit den Franzosen abgeschlossen haben, herrscht in einem nicht unbeträchtlichen Teil der Unterhausmitglieder Unzufriedenheit, da man glaubt, Großbritannien habe eine gewisse Zahlung von Frankreich verlangen können, ohne den Kaufmannvertrag zu gefährden.

Staatssekretär Stimson hat nämlich die Annahme der englischen Dezembernote abgelehnt. Vom Standpunkt der britischen Regierung sei, wie in der englischen Note erklärt worden war, die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Wiederentnahme der Jahreszahlungen nach der bestehenden Vereinbarung anzusehen. Stimson erklärte in der Antwort, daß der Schatzsekretär nicht ermächtigt sei, Zahlungen von ihrer Regierung in anderer Form als im Schuldenfundierungsabkommen vorgesehenen anzunehmen.

Die amerikanische Note ist in einer Reformzeit aufgesetzt und übergeben worden. Fünf Stunden nach Empfang der englischen Note war sie bereits in den Händen des englischen Vizekönigs.

Herriot vor der Kammer.

Paris, 13. Dez. (Eig. Radiodienst.) Gestern vormittag hat Herriot noch mit Macdonald über die weiteren Schritte in der Frage der Kriegs-

schulden beraten. Während dessen rüsten sich die Fraktionen in der Kammer zum Angriff gegen die Regierung. Das hat Herriot veranlaßt, schon gestern in der Kammer zu reden. Bezeichnenderweise sprach er zu Beginn seiner Rede von den Absichten, die Frankreich beim Friedensschluß mit dem Rheinland gehabt habe, und die die Amerikaner bereitwillig hätten. Soweit sei Frankreich Amerika entgegengekommen. Es habe infolge der amerikanischen Wünsche auf das Verzichtsmüssen, was es „als Förderung der Gerechtigkeit“ für sich beanspruchte. Es habe die Wiederherstellung der Grenze von 1814 preisgegeben müssen und auch das Saargebiet nicht habe annektieren können. Natürlich sprach Herriot auch von dem Großmut, den Frankreich Deutschland gegenüber an den Tag gelegt habe. Praktisch bekannte sich Herriot weder zu einer Zahlung ohne Vorbehalte, noch zu einer einfachen Verweigerung der Zahlung. Er warnte vor den Folgen eines glatten Reins und sprach von „fürchterlichen Vorurteilen“, die in Amerika gegen Frankreich beständen. Eine zynische Presse und verabschiedungsunwürdige Männer schürten diese Vorurteile und lie müßten bekämpft werden. Nach dieser Rede wurde die Sitzung auf heute vertagt.

Herriot sucht eine Schuldenformel.

Paris, 13. Dez. (Eig. Radiodienst.) Die parlamentarische Lage hinsichtlich der Vorbehalte, mit denen Frankreich die Zahlung an Amerika zu begleichen gedenkt, hat sich noch nicht geklärt. Es scheint Herriots Hauptvorfrage zu sein, alles nach dem Verhalten Londons einzuordnen. Man kann sagen, daß er sein Schicksal mit dem des englischen Kabinetts verknüpfen möchte, um sagen zu können, daß er das, was er jenseits des Ozeans ausgedrückt, jenseits des Kanals durch eine eng gefaßte Freundschaft gewinnen werde.

Der Ausschluß der Kammer wird sich erst heute nachmittags schlüssig werden, da Herriot, wie der offiziöse „Petit Parisien“ betont, nicht daran zweifelt, noch zu einer Formel zu gelangen, der die große Mehrheit der Kammer ihre Zustimmung geben kann.

Reichspräsident und preußische Regierungsbildung.

Die Nationalsozialisten interpellieren Hindenburg. — Kein Dualismus Reich-Preußen mehr! — Die Nachposition des Reichspräsidenten.

Hindenburg bespricht die Preußenfrage.

Görlitz und Kassel im Weissen Schleier empfangen.

Berlin, 13. Dez. (Eig. Radiodienst.) Der Reichspräsident empfing gestern in Gegenwart des Reichsstatthalters von Schleier den Reichspräsidenten des Reichstages, Göring, und den Reichspräsidenten des Reichstages, Kessel, zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reich-Preußen.

Die beiden Reichspräsidenten dürften dem Reichspräsidenten ihre Ansichten über die nach ihrer Meinung zweckmäßigste Lösung der Preußenfrage dargelegt haben. Der Reichspräsident dürfte hierbei seinerseits darauf hingewiesen haben, daß der Dualismus Reich-Preußen durch die Wahl einer parlamentarischen Preußenregierung im Interesse des Reiches und des Landes nicht wieder aufzuheben dürfe.

Der Empfang ist auf Wunsch der Besucher erfolgt. Die sich bereits in der vergangenen Woche mit dem Reichstatthalter unterhalten hatten. Es heißt, beide hätten sich erkundigen wollen, wieviel die Möglichkeit zur Aufhebung der Notverordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars bestehe, und welche Wirkung die Wahl einer Ministerpräsidentenschaft auf die Frage haben werde. Hindenburg soll erwidert haben, daß der Dualismus Reich-Preußen nicht wiederkehren dürfe und die Machtmittel des Reiches und Preußens nicht mehr gegeneinander stehen sollten, sondern in einer Hand vereinigt werden müßten, wenn nicht auf neue Verwirrung einzutreten sollte.

Über den Empfang selbst wird von amtlicher Seite strengste Stillschweigen bewahrt. Aber die Unterredung dürfte Zweifel darüber beseitigt haben, daß eine Regierung nur in Übereinstimmung mit dem Reich gebildet werden kann.

Hindenburg dürfte seinen Besuchern gesagt haben, daß ein Konflikt zwischen Preußen und dem Reich auf jeden Fall vermieden werden müsse und daß zur Sicherung dieser Forderung vorerst eine Aufhebung des Reichskommissariats nicht angebracht erscheine. Der N. Z. wendet sich gegen die

Gerichte von Intrigen Brünings gegen Schleier, die völlig unmaßgeblich seien.

Als auf Betreiben des Goebbelsflügels der Nationalsozialisten die Anwartschaft Straßers auf den Ministerpräsidentenposten immer mehr in den Hintergrund trat und an seiner Stelle Göring präsentiert wurde, zeigten sich Kreise des preußischen Zentrums bereit, diese Wendung mitzumachen. Straßer aber bedeutete eine Brücke zum Kabinett Schleier, während man von Göring nur Gegnerschaft erwarten durfte. Im Reichszentrum regten sich sofort stärkste Bedenken gegen die Beteiligung an einem Kampfabketteln Göring und — angeblich durch Raas und Brünning — seien die Preußenunterhändler energisch zurückgepfiffen worden. Einen Kampf der Nationalsozialisten gegen Schleier hätte die Partei selbst mit in erster Linie zu befehlen.

Die Nationalsozialisten haben gestern in Preußen auch Verhandlungen mit den Deutschen nationalen aufgenommen, nachdem die Verhandlungen mit dem Zentrum bereits weit gediehen sein sollten.

Am morgigen Mittwoch tritt der preußische Landtag zu seiner letzten Sitzung der Weihnachtsferien zusammen. Es kommt also nicht zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Das Kabinett Braun bleibt neben dem Staatskommissariat bestehen. Ist aber nach wie vor auf die parlamentarische Vertretung und die Repräsentation angewiesen. Diese Lage zeigt das starke Gewicht, welches der Reichspräsident bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten hat. Denn dieser hätte nur die stark beschränkten Rechte, die der bisherige Ministerpräsident hat. Andererseits scheint Hindenburg einen Mann zu verlangen, der alle Voraussetzungen hat, um etwa als Vizekanzler, in das Reichskabinett einzutreten. Es geht also im wesentlichen um eine Kombination der in Preußen angebahnten parlamentarischen Grundlage mit der Reichsregierung.

Jede überflüssige Einfuhr von 6000 RM. Industriewaren oder von 2250 RM. Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.

Zentrumsanträge im Reichstag.

Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag folgende Anträge eingebracht:

Christentum und Schule.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: die Staats- und Kulturpolitik so zu führen, daß die Lebenskräfte des bekennnisfähigen Christentums, ebenso die in der Reichsverfassung gewährleisteten Werte und Rechte des deutschen Volkstums Schutz und Entfaltung finden und zur Grundlage aller Erziehungs- und Bildungsarbeit gemacht werden.

Zu besonderen wird die Reichsregierung ersucht:

1. den Entwurf eines von der Reichsversammlung geforderten Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechtes vorzulegen, der der Befennnisschule in allen Ländern des Reiches Raum gibt, der Kirche die Rechte des Religionsunterrichts und der religiös-sittlichen Erziehung sichert, der weiter der Privatschule die notwendige Lebensmöglichkeit gibt und die Gewissensnot der bekennnisreichen Minderheiten beseitigt; 2. mit den Ländern in Verbindung zu treten, um eine zweckentsprechende Vereinbarung über die notwendig gewordene Vereinfachung im höheren Schulwesen herbeizuführen. Hierbei müssen die Eigenarten der Länder und die besonderen Bedürfnisse der Landschaft und des Volkstums gebührende Berücksichtigung finden;

3. dahin zu wirken, daß das deutsche Schul- und Bildungswesen in seiner zeitnotwendigen Leistungshöhe geschützt wird und nicht Bestrebungen Vorschub geleistet wird, die die Wirkungskraft und den Leistungsgehalt unseres Bildungswesens noch weiter schmälern;

4. Maßnahmen zu ergreifen, den Artikel 149 der Reichsverfassung in allen Ländern und bezüglich aller Schularten zur Durchführung zu bringen.

Berufsschule, Arbeitsdienst.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. dahin zu wirken, daß angesichts der andauernden Arbeitslosigkeit der Jugend und ihrer außerordentlichen seelischen und beruflichen Not alle ordentlichen Maßnahmen der Jugendhilfe durchgeführt werden; daß weiterhin die Mittel für jugendpflegerische Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe in Reich, Ländern und Gemeinden und insbesondere an die dafür in Betracht kommenden freien Verbände weiter bereitgestellt werden;

2. dahin zu wirken, daß die Berufsschule, der bei der Ueberfüllung der akademischen Berufe erhöhte Bedeutung zukommt, in ihrem vollen Umfange aufrechterhalten wird;

3. sich mit den Länderregierungen zu benehmen, daß die Einschränkungen des Berufsschulunterrichts vermieden werden, auch die Einstellung des Berufsschulunterrichts für die ungelerten Arbeiter und weiblichen Jugendlichen unterlassen wird. Dabei ist der Religionsunterricht, in dem wir ein wichtiges Erziehungsmittel erblicken, zu fördern;

4. den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes beschleunigt vorzulegen, um die Möglichkeit zu schaffen, die geordnete Einführung der zur Schulentlassung gelangenden Jahrgänge in das Berufs- und Wirtschaftsleben vorzubereiten;

5. auf die Erhaltung aller von den Sportverbänden geschaffenen Einrichtungen zur körperlichen Erhaltung der Jugend vordringlich zu achten;

6. bei der Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der als nationale und soziale Notmaßnahme aufgegriffen worden ist, darauf zu achten, daß unter Wahrung der natürlichen Werte und Bindungen an Familie, Religion und Heimat der freiwillige Arbeitsdienst eine freiwillige Aktion der Jugend bleibt; daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter starker Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert wird; daß die Möglichkeiten, die sich für den Arbeitsdienst in der Wissenschaft ergeben, im Interesse der Forschung und Wirtschaft, aber auch der akademischen Jugend, gefördert werden;

7. daß in Sachen der Jugendpflege die Rechte der Länder gewahrt werden.

Jugendfürsorge.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zu erwägen:

1. daß schon jetzt (in der Fürsorge) die meisten Maßnahmen, die einen Abbau der der Erziehung und Wohlfahrt der Jugend dienenden Einrichtungen auf allen Gebieten heraufzuführen, sich in das Gegenteil von Sparmaßnahmen verkehren; daß sie zwar bestimmte Etats entlasten, dafür aber andere Ausgaben um ein Vielfaches erhöhen; daß eine erzieherisch vernünftige Jugend nicht nur die zukünftige Entwicklung eines Volkes auf allen Gebieten stört, sondern auch sofort die öffentlichen Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten (Strafvollzug u. a.) vermehrt;

2. dahin zu wirken, daß nicht neue Einrichtungen der öffentlichen Jugendwohlfahrt und -bildung (wie z. B. das Werkjahr u. a.) mit erheblichen öffentlichen Mitteln aufgebaut, und daß gleichzeitig die normalen bisherigen

Bestimmungen abgebaut und eingeschränkt werden; daß ferner ganz besonders, wenn es sich um das Wohl der künftigen Generation handelt, die gesamten öffentlichen Einnahmen mehr als eine Einheit angesehen werden und nicht ein Etat auf Kosten des anderen entlastet wird;

8. Maßnahmen zu ergreifen, für die Minderjährigen, die infolge der Notverordnung vom 14. Novbr. 1932 (Reichsgesetzblatt Nr. 74, S. 522) aus der Fürsorgeziehung entlassen werden, und ebenso für jene Kinder und Jugendlichen (Schwer- und sogenannte Unerziehbare), die infolge der gleichen Notverordnung nicht mehr zur Fürsorgeziehung überwiesen werden können. Nicht nur wegen dieser Minderjährigen selbst, sondern im Interesse des Gesamtwohles des Volkes muß eine der Lage dieser Kinder entsprechende Be-

treuung evtl. außerhalb der Fürsorgeziehung gewährleistet werden.

Schutz der Minderheiten.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, in die Handelsverträge den Schutz der deutschen Minderheiten tadellos aufzunehmen.

Die Auswanderung.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Rahmen des Wirtschaftsprogramms und der deutschen Auslandsbeziehungen der Entlastung des Inlandes durch die Auswanderung eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das grüne Auto.

Der kommunistische Schwarzsender.

Geständnis der Verhafteten. Zuerst in Weissenhof, dann in Berlin S.O. — Wie die Nachbarn Verdacht schöpften.

Berlin. Die drei Kommunisten, welche mit dem kommunistischen Geheimfunker überfallen wurden, haben der politischen Polizei umfassende Geständnisse abgelegt. Man hat sie durch die aufgenommenen Schallplatten restlos überführt. Die drei Verhafteten, Alfred Kern, Erwin Marx und Friedr. Schmidt, haben im Auftrage einer Organisation gehandelt, die ihnen auch die Betriebskapitalien zur Verfügung stellte. Der Geheimfunker kostete 1000 Mark, allein die beiden Hören kosteten 150 Mark. Der Sprecher war Kern. Er schrieb auch in einer illegalen kommunistischen Zeitung und verhöhlte die Polizei, weil sie den Geheimfunker zunächst nicht fand. Es heißt in der „Roten Sturm- fahne“, daß die Genossen, welche den Geheimfunker bedienten, den Polizeibullen schon Beine machen würden. Nun, die Polizei hat ihnen gar bald Beine gemacht, und ihre Geharbeit dauerte nicht lange.

Die Akten gegen die Täter gehen jetzt dem Reichsanwalt zu, weil zu strafbaren Handlungen aufgefordert worden ist. Der Schwarzsender war zum ersten Mal Ende Oktober, mittags, von Berliner Funkhörern vernommen worden. Er lag auf Welle 460 und 553 und verbreitete Gerüchten gegen die Regierung, Aufforderungen an die Kommunisten, tätlich gegen die Polizei vorzugehen.

Die Polizei stellte fest, daß der Sender jeweils seine Tätigkeit aufnahm, kurz nachdem in Weissenhof vor einem Mietshaus ein kleiner grüner Kraftwagen ankam. Ein Mann ausstieg und einen Koffer in das Haus hineintrug. Über eine Durchsichtung blieb ergebnislos. Die Schwarzsender traten in immer kürzeren Abständen auf und begannen mit den Worten: „Hier ist der rote Sender“.

Anfang Dezember wurde festgestellt, daß der Schwarzsender seinen Standort nach dem Berliner Südosten gewechselt haben mußte. Der Polizeipräsident setzte eine Belohnung von 1000 Mark auf seine Ermittlung aus. Bewohner eines Hauses in der Reinickendorfer Straße,

das mehrere Hinterhäuser und Seitensügel hatte, stellten fest, daß fast täglich vor dem Hause ein dunkelgrünes Auto hielt, aus welchem mehrere Koffer ausgeladen wurden. Sie wurden zu einer Familie Schmidt gebracht, die vor kurzem eingezogen war. Nachbarn fiel es auf, daß ihr Radioapparat um die Mittagsstunde völlig gestört war. Dann stellte man fest, daß eine ganz neue Antenne gezogen worden war, deren Verbindungsdrähte in die Wohnung der Familie Schmidt führten.

Am Donnerstag vergangener Woche, als die Sendung wieder begann, eilte Polizei mit Rundfunkbeamten nach der Reinickendorferstraße. Als die Tür zur Wohnung Schmidt gewaltsam geöffnet wurde, fanden die Beamten drei Männer dabei, in höchster Eile die Sendestation zu verpacken. Die Sendegeräte, die zusammengepackt waren, waren in drei neuen Ledertoffen verpackt. Die drei Männer wurden verhaftet und die Funkgeräte beschlagnahmt. Zwei gehören zweifellos der RPD an, während Schmidt angeblich vor sechs Monaten ausgetreten ist. Die Oberpostdirektion prüft zurzeit die Apparate. Nach weiteren Berliner Kommunisten dürfen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Die kommunistischen Aufrührpläne.

Berlin. Die politische Polizei teilt mit: Unter kommunistischen Einfluß stehende Elemente verüben in lebhaften Geschäftverkehre des Sonntags auf Straßen und Plätzen zu demonstrieren. In einem hiesigen Kaufhaus hatten sich mehrere Hundert unter die Käufer gemischt. Unter dem Eindruck der starken polizeilichen Kontrollen kamen Störungen und Plünderungsabsichten nicht zum Ausbruch. Eine besonders präparierte Kasse mit leicht brennbaren Stoffen, die bereits glimmten, konnten sichergestellt werden.

Die Polizei hat besondere Maßnahmen getroffen, um solche Unruhen mit Gewalt zu unterdrücken.

Sozial- und Haushaltsausschuß.

Brot, Fleisch und Kohle.

Haushaltsausschuß fordert Reichsregierung auf, von Dezember bis April eine Winterhilfe einzurichten. — Die Deckungsfrage noch ungeklärt.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern die Winterhilfe beraten. Reichsfinanzminister Graf Schwerin machte auf die Mehrbelastung von einigen hundert Millionen Mark aufmerksam, die durch Entlastungen entstanden seien. Die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge seien optimistische Schätzungen. Der nationalsozialistische Antrag, die Steuerzuschüsse der Landwirtschaft in Naturalien zahlen zu lassen, sei in den letzten Wochen verfolgt worden. Er wolle den Gedanken nicht rundweg ablehnen, obwohl Versuche in Oldenburg kein befriedigendes Ergebnis gezeigt hätten. Vor allem müsse jetzt den Gemeinden geholfen werden. Das Reich trage mit der jetzigen Zuteilung von 80 Millionen Mark bereits 85 Prozent der Wohlfahrtsverbandskosten. Der Ausschuß solle von der Regierung nichts verlangen, was sie beim besten Willen nicht erfüllen könne.

Anschließend gab Ministerialdirektor Krohn einen Überblick über die Verbilligung des Fleisches und anderer Lebensmittel. Die Regierung vertraue darauf, daß ihre Maßnahmen durch die Winterhilfe und die freie Preisbildung ergänzt werde. Der Finanzminister stellte noch fest, daß auch die Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Benzin ab 1. Januar kein Mehreinkommen ergeben werde. Es entwickelte sich eine eingehende Aussprache, vor allem über die Deckungen. Denn die Sozialdemokraten beantragten, 20 Zentner Kohlen und wöchentlich 3 Kilo Brot und 1/2 Kilo Fleisch den Bedürftigen kostenlos zu liefern. Die Nationalsozialisten stimmten dem zu.

Hg. Dr. Schreiber (Zentrum) bemängelte, daß man die Bevölkerung nicht früher über den Ernst der Finanzlage aufgeklärt habe. Man habe viel zu spät mit dem finanziellen Aufbau der Winterhilfe begonnen. Die Regierung möge ein Zweimonatsprogramm für eine praktische Hilfe vorlegen. Der Reichsfinanzminister äußerte auf neue seine Bedenken gegen die ungenügenden Deckungsvorschläge im sozialdemokratischen Antrag. Wenn mehr ausgeben werde, als einkommen sei, würde später die Weiterzahlung der Unterstützungen und die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms fraglich.

In der Abstimmung erhielt die vom sozialpolitischen Ausschuß vorgeschlagene Entschließung durch den Haushaltsausschuß eine etwas geänderte Form. Alle Unterstützungs- und Rentenempfänger sollen eine zusätzliche Winterhilfe erhalten, deren Durchführung die Gemeinden haben.

Die Winterhilfe soll in unentgeltlicher Belieferung mit Naturalien bestehen, die am besten beigesteuert werden können. Es sollen für jeden Haushalt von Dezember bis April wöchentlich 2 Kilo Brot, 1/2 Kilo Fleisch und im ganzen 20 Zentner Kohlen gegeben werden, bei mehr als drei Köpfen mehr, bei ledigen weniger. Die Mittel soll das Reich den Gemeinden zur Verfügung stellen, und sie dürfen nicht verrechnet werden. Der nationalsozialistische Antrag auf Steuerzahlung durch Naturalien und eine Entschließung des Zentrums wurden angenommen, wonach die Regierung durch ein Zweimonatsprogramm eine praktische Winterhilfe einleiten soll.

Der Polizeikommandeur des Westens.

Reddinghausen. In Preußen gibt es zwei Polizeikommandeure, die im Rang eines Generals stehen. Der eine hat seinen Sitz in Berlin, der für den Westen sollte seinen Sitz in Essen haben. Jetzt hat die kommunistische preussische Regierung den Führer der Schutzpolizei im Präsidialbezirk Reddinghausen, Polizeioberst Stielor von Wendt, zum 1. Januar endgültig zum Polizeikommandeur des Westens ernannt. Sein Dienstbereich umfaßt die Regierungsbezirke Münster, Arnberg und Düsseldorf und seine Aufgabe besteht darin, im Falle einer Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit die Polizeikräfte, einschließlich der Landjäger, einheitlich für die zweckmäßige Verwendung zusammenzufassen. Der Kommandeur der Düsseldorf Schutzpolizei, Polizeioberstleutnant von dem Knebel, wurde zum 1. Januar zum Polizeioberst befördert.

Ein Rüdzieher des „Angriffs“.

Erklärung Goebbels für Straßer.

Berlin. Der nationalsozialistische „Angriff“ hatte die Antiniederlegung Straßers mit der reichlich unfreundlichen Bemerkung abgetan, daß es für die Ziele der NSDAP gleichgültig sei, ob „ein Gregor Straßer“ gehe oder bleibe. Jetzt veröffentlicht Dr. Goebbels als Herausgeber des „Angriffs“ einen Artikel für den verantwortlichen Schriftleiter und die Erklärung, daß er diese taktlosen Bemerkungen missbillige. Er habe sie erst zu Gesicht bekommen, als die Zeitung fertiggestellt war.

Das Urteil im Osteroder Bombenlegerprozeß.

Osternode (Spreußen). Im Osteroder Bombenlegerprozeß gegen 14 Nationalsozialisten wurde gestern abends das Urteil gefällt. Das Gericht sprach die Angeklagten Zuchthaus, Kettstrafe, Zuchthaus und Arguht frei und verurteilte Hans Gliga wegen groben Unfugs und Diebstahls zu zwei Jahren und sechs Wochen Gefängnis, Emil Goerte wegen derselben Vergehen, sowie wegen Meineids zu insgesamt zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis und sechs Wochen Haft, Alfred Schlegel zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Wochen Haft, Bernhard Schwan ebenfalls zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Wochen Haft und eine Reihe weiterer Angeklagter zu geringeren Gefängnisstrafen.

Die Angeklagten hatten bekanntlich in der Nacht zum 9. August vor dem jüdischen Kaufhaus Vonski eine aus einem Deutmal auf dem Ehrenfriedhof Weidmühl herausgehobene und mit Pulver gefüllte Granate niedergelegt; nur durch das zufällige Vorbeikommen eines Kellners waren die Täter verjagt worden, so daß die Explosion nicht erfolgte.

Selbstmord wegen 1000 Mark.

Berlin. Der 31 Jahre alte Reichsbaubeamte Volkmar Anapke hat sich erschossen. Der bedauernswerte Mann hatte Ende

September, als er auf kurze Zeit den Kassierer vertreten mußte, einem Boten 1000 Mark zu viel herausgegeben. Er-mittelungen verliefen ergebnislos. Ihm wurde das verlorene Geld in kleinen Monatsraten vom Gehalt abgezogen. Er nahm sich den Vorgang so zu Herzen, daß er ihn nicht überleben wollte.

Brandstiftung mit politischem Hintergrund.

Nationalsozialisten schädigen einen Deutschnationalen.

Duisburg-Hamborn. Das Duisburger Sondergericht verurteilte am Montag drei Nationalsozialisten, unter denen sich auch ein Diplomingenieur befand, zu Gefängnisstrafen von sechs bzw. zwei Monaten. Die Angeklagten hatten in der Nacht zum 10. November aus politischer Rache auf dem Hofe des deutschnationalen Viehhändlers Lorenz in Oberhausen-Holten an drei Stellen Feuer angelegt, das jedoch von Nachtwächtern bemerkt und im Keime erstickt werden konnte. Mit Rücksicht auf die kommende Annahmefest, wie es in der Urteilsbegründung heißt, die Strafe sehr milde aus.

Verweigerte Einreiseerlaubnis.

Die Politik der Nadelstiche in Neuseeländ.

Eupen. Der katholische Kaufmännische Verein in Eupen hatte Domkapitular Seeling (Aachen) zu einem Vortrag über ein berufliches Thema eingeladen. Der Vortrag kann nicht abgehalten werden, weil dem Redner die Einreiseerlaubnis nicht erteilt wurde. Gründe wurden nicht angegeben. Der Vortrag zeigt wiederum, daß es gewissen belgischen Kreisen um die Vernichtung des Deutschtums in Eupen-Malmédy zu tun ist.

Die Angst vor Japan.

Neunzehnerausschuß und Mandchurenkonflikt.

Genf, 12. Dez. Der Neunzehnerausschuß der Völkerbundsversammlung beriet gestern nachmittag über die Vorschläge für die Regelung des chinesisch-japanischen Konflikts. Es ergab sich noch keine einhellige Auffassung über die Grundzüge des weiteren Vorgehens. Ein Redaktionskomitee aus den Vertretern Englands, Frankreichs, Spaniens, der Schweiz und der Tschechoslowakei soll nun nach einer Formel suchen. Einig war man sich nur über die Möglichkeit der Entschließung der Völkerbundsversammlung vom 11. März d. J., deren wichtigste Bestimmung die Nichtanerkennung der unter Verletzung der internationalen Verträge geschaffenen Zustände bildet. Leber die Einigung auf den Land und der Vereinigten Staaten ist noch nicht beschlossene worden.

Die Richtlinien der italienischen Wirtschaftspolitik.

Rom, 13. Dez. (Eig. Radiobrief). Der faschistische Großrat hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: 1. In der Politik der Entwicklung der Landwirtschaft soll fortgefahren werden.

2. Die Notwendigkeit, die Schwierigkeiten des italienischen Warenaustausches zu lösen, wird erneut bestätigt. Dennoch müssen vorübergehend alle zur Verteidigung der nationalen Interessen dienenden Mittel ergriffen werden.

3. Dem internationalen Zolltarif ist eine Gestalt zu geben, die sich den nationalen Notwendigkeiten immer besser anpaßt.

4. In den Handelsvertragsverhandlungen ist mehr als bisher auf den Schutz der Gegenstandsbestimmungen Bedacht zu nehmen.

5. Den Erzeugungsbedingungen von Rohstoffen und Brennstoffen gegenüber muß die Stellung Italiens als Großhändler dadurch ausgenutzt werden, daß ihm ein Markt für seine Erzeugung zur Verfügung gestellt wird.

6. Die internationalen Zölle müssen aufmerksam verfolgt werden und gegebenenfalls Maßnahmen ergriffen werden, um eine Schädigung der italienischen Wirtschaft zu vermeiden.

Eine neue Ueberraschung in Genf.

Rußland nimmt Beziehungen zu China auf.

Genf. Gestern haben der sowjetrussische Außenkommissar und der chinesische Vertreter beim Völkerbund durch Noten-austausch die Beziehungen zu ihren Ländern wieder hergestellt. Damit geht die russische Regierung in dem Bemühen, ihren innerpolitischen Wirtschaftsplan von außenpolitischen Störungen freizuhalten, weiter. Sie legt der japanischen Eroberungspolitik in der Mandchurie keine weiteren Hindernisse in den Weg, stimmt auch Japans Gegner China für sich und schließt mit den europäischen Nachbarn große Nichtangriffspakte. Die russische Außenpolitik nach dem Kriege ist also ein hand- ges Hin und Her zwischen verächtlicher Geite und starker Gegnerschaft.

Anbau von Kaffee 3 Jahre verboten.

Eine weitere Notmaßnahme in Brasilien.

London. Aus Rio de Janeiro kommt die aussehenderregende Meldung, daß der brasilianische Präsident Vargas eine Verordnung unterzeichnet hat, wonach der Anbau von Kaffee in Brasilien für die nächsten drei Jahre verboten wird. Der Kaffeebau ist der wichtigste Erwerbszweig der brasilianischen Bevölkerung. Durch die neue Verordnung sind Millionen von brasilianischen Bauern mit ihren Familien auf drei Jahre hinaus zur Latenlosigkeit verurteilt.

Während Europa sich den Genuss von Kaffee verjagen muß, wird er in Brasilien in Nischenmengen ins Meer geschüttet, auf den Kolonien verbracht, weil er billiger als Kohle ist. Ganz fündige Ingenieure haben herausgebracht, daß er sich auch gut zur Straßenpflasterung eignet, so daß man jetzt in Brasilien auf gekauften Kaffeebohnen spazieren gehen kann.

Wettervorhersage bis Mittwoch.

(Telegraphische Mitteilung des Observatoriums Aachen.)

Weiterhin Grenzlage zwischen kaltem und mildem Wetter. Die höchsten Temperaturen betragen gestern 3,0 und die tiefsten 0,6 Grad.

Neu-der Stadt Neuß

Dienstag, 15. Dezember 1932

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Jahrgang 59 - Nummer 511

Stadt-Nachrichten

Neuß 13. Dezember 1932

Vom Bühnenbolschund. Morgen 8 Uhr im Zeughaussaal Heibel „Die Nibelungen“.

Das Betreten des Eises auf den tiefen Gewässern des Stadtgebietes Neuß ist vor der Freigabe der Straße verboten. **Weihnachtsausstellung der Neuheiten im Oberdorf.** Die Neuheiten wollen in dieser Weihnachtsausstellung einen kleinen Auschnitt aus ihrer Winterarbeit zeigen. Die Ausstellung umfasst neben einer Anzahl Spielsachen und Bücher auch praktische Dinge. Einige Photos geben dem Besucher einen kleinen Einblick in den Bund. Der Besuch der Ausstellung ist umso lohnender, da sie auch noch einige Bilder und Schnitte des Neußer Künstlers Severin Wassen aufweist. Es wird auch durch einige Modelle der Werdegang eines Glasbildes veranschaulicht.

Die Ausstellung befindet sich im Neuheiten Heim im Oberdorf; sie ist Samstag, den 17. Dezember von 15 bis 20 Uhr und Sonntag, den 18. Dezember von 9 bis 17 Uhr durchgehend geöffnet. Eintritt frei.

Heute Vortragsabend der Heimatfreunde. Auf die heute abend 8 Uhr im vorderen Saale des Zeughauses stattfindende zweite diesjährige Winterveranstaltung wird hingewiesen. Der Abend steht unter dem Motto: „Der Rhein und die alte Weise“. Die Gedankenspiele werden von Musik umrahmt. Alle Heimatfreunde mögen sich einfänden; der Eintritt ist kostenlos.

Nochmals Märchenspiel im Gesellenhaus. Die Spielschar der Kolpingjugend führte Sonntag im großen Saale des Gesellenhauses mit großem Beifall zum wiederholten Male das Märchenspiel „Schneewittchen“ auf. Schon eine Stunde vor Beginn war der Saal mit kleinen und großen Zuschauern überfüllt, sodass wieder viele umstehen mußten. Die Aufführung ist wieder in allen ihren Teilen als wohlgeungelungen zu bezeichnen. Der Spielleiter und jeder der jugendlichen Spieler gaben ihr Bestes. Ganz besonders gefielen die Reigen der Zwergen und Elfen. Das Orchester paßte sich dem Spiel in wohlgeungelungener Weise an. Um es auch allen denen zu ermöglichen, die wegen Überfüllung des Saales an beiden Sonntagen umstehen mußten, findet das Spiel am kommenden Mittwoch, nachmittags 5 Uhr seine Wiederholung.

Die Altmitglieder des kath. Gesellenvereins hielten am Sonntag abend wieder eine Monatsversammlung mit Damen ab. Sie tritt leider unter den vielen Veranstaltungen des betreffenden geselligen Sonntags. Der Präsident, Herr Kaplan Schorn, hielt einen Lichtbildvortrag über Vater Kolping, der sehr eindrucksvoll sein Leben und Wirken schilderte. Kolping wurde im Dezember 1813 geboren und starb im gleichen Monat des Jahres 1865. Er entschloß sich spät zum Studium. In Oberfeld kam er im Junggesellenverein mit dem dortigen Lehrer Breuer zusammen. Kolping war selbst in der Lehre bei einem Schuhmachermeister gewesen. Man sah sein Lehrzeugnis wie auch die Zeugnisse des Gymnasiums und der Universität im Bild. An seinem Grabe weilen heute stets Gesellen, und die auf Wanderschaft befindlichen Neuanfänger in Köln pflegen am ersten Tage am St. Josephsaltar der Minoritenkirche die hl. Kommunion zu empfangen. Dort liegt, unter einer schwarzen Steinplatte des Fußbodens, der Gesellenvater. Sein Werk aber hat Weltbedeutung bekommen.

Im zweiten Teile erschien St. Nikolaus, um mit

dem Präses, einer Reihe Vorstandsmitglieder und Freunden der Altmitglieder Anerkennung und Gericht zu halten. Gar mancher bekam etwas zu hören und konnte nachher darüber nachdenken, wie der St. Mann so alles erfährt. Es gab Pfeifen, „Plastiken“ (aus Holz) und Weidmänner, und jeder durfte auch einmal aus dem Tabaksbeutel ein Pfeiflein stopfen. St. Nikolaus hatte allerlei gute Ratsschlüsse für die Vereinsarbeit und die Altmitglieder.

Auch im dritten Teil tummelte sich Jean Dahlen, diesmal mit zwei Freunden hinter der Bühne als Schattenpieler, herum, und die vorgenommenen Zahnoperationen entwickelten sich zu drastischen, großen Beifall findenden Szenen goldenen Lebens. So haben die Altmitglieder wieder eine recht schöne Veranstaltung gehabt.

Der Neußer Artillerieverein (geb. Artilleristen) beging am Samstag im Saale des Hotels Pilsark sein 31. Stiftungsfest, verbunden mit Barbarafeier. Das übliche Hochamt für die Lebenden und Verstorbenen Mitglieder war am vorhergehenden Sonntag gehalten worden. Als besondere Gäste begrüßte der Vorsitzende, Herr Toni Schulenberg, den Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes, Herrn Major a. D. Hoffmann, das Vorstandsmitglied deselben, Herrn Franz Trier, den Vereinskameraden Geheimrat Anderheiden, den Neußer Offiziersverein, den Vereinskameraden Oberleutnant Rudolph und Grenadier Rud. Kaphake, der stets aus Gemüth herbeizieht, wenn die Neußer Kameraden eine besondere Veranstaltung haben. Als Vertreter des Neußer Kreisfeuerwehrverbandes wurde Herr Steffens begrüßt. Mit einem Anblick zum allverehrten Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg schloß die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, und die Veranstaltung stimmte anschließend das Deutschlandlied an.

Das reichhaltige Programm wurde bestritten von einem Doppelquartett des Männergesangsvereins „Gacia“, das unter Leitung des Herrn Todtloß mit Vollsingen lebhaften Beifall fand, einer Riege des Turnvereins 1848, die vorbildliches Geräteturnen am Barren zeigte, einer Gruppe der Neußer Stadtkapelle, bestehend aus Vereinskameraden. Besonders Beifall fand Herr Jean Dahlen mit seinen humorvollen Vorträgen in Neußer Mundart. Sehr schön war wieder sein Auftreten als „Mähle“, mit welcher Figur er ein Stück Neußer Stadtgeschichte der Nachwelt überliefert hat.

Der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbandes des zollte dem Artillerieverein seine besondere Anerkennung für die eifrige Mitarbeit im Kreisfeuerwehrverband. Er sei einer der besten Vereine im Bezirk. Major a. D. Hoffmann überreichte dem Schriftführer, Herrn Gräfrath, das Verdienstkreuz zweiter Klasse des Rittershütersbundes. In herlicher Weise gedachte der Vorsitzende des Verstorbenen ersten Vorsitzenden, Kornelius Thewissen, und in

Ankennung an ein Lied, welches den Kameraden Michler zum Verfasser hatte, des unvergesslichen verstorbenen langjährigen Schriftführers Michler. Es ist ein schönes Zeichen der Wirkung echter Kameradschaft, daß der verstorbenen Kameraden Michler Familie auch heute noch den Familienveranstaltungen des Vereins beizuht. Das Lied vom guten Kameraden beschloß das Gedenken an die beiden unvergesslichen Vorkämpfer des Vereins.

Gemeinsame Lieder leiteten die Veranstaltung weiter, und Herr Trier wußte den deutschen Frauen einen Kranz der Anerkennung zu winden. In bester Kameradschaft blieb man so noch einige Zeit vereint und trennte sich schließlich mit dem Bewußtsein, wieder eine schöne gemeinsame Veranstaltung erlebt zu haben.

Eine Nähmaschine wird gesucht! Der „Martini-Nähverein“ ist eine von den Einrichtungen, die im stillen Kämmerlein des Invalidenhauses auf der Niederstraße mit rührigen Händen aus alten Sachen Neues schafft und vielen unserer notleidenden Mitbürger die schwerste Sorge abnimmt. Eine große Anzahl Frauen ist hier mit emigen Händen tätig; aber leider sind die zur Verfügung stehenden Nähmaschinen so alt und gebrechlich, daß ein Ersatz für diese hochnotig ist. Es ist aber kein Geld vorhanden, um so teure Ausgaben, wie es die Anschaffung neuer Nähmaschinen erfordert, in der heutigen Zeit zu bewerkstelligen.

Es ergeht deshalb hiermit der Ruf, doch einmal zu unterzuchen, ob nicht irgendwo in einem Haushalt eine Nähmaschine steht, die nichts zu tun hat. Dies wäre ein schönes Weihnachtsgeschenk an den „Martini-Nähverein“ und damit an die Armen. Gofentlich hat dieser Ruf Erfolg, und stellen wohlgeleitete Kreise eine Nähmaschine zur Verfügung. (Evtl. Anruf oder Mitteilung an Sebastianuskloster.)

Auto- und Garagenbrand. Gestern abend kurz nach 12 Uhr brannte in der Geulenstraße in einer Garage ein Lieferwagen vollständig nieder. Ebenfalls brannte die Garage aus. Nach kurzer Tätigkeit der Feuerwehr war der Brand gelöscht.

Geringere Brandschäden im September 1932. Wie der Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland mitteilt, sind die Leistungen für Brandschäden bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten im Monat September auf rund 11,6 Millionen Mark gegenüber 12,6 Millionen Mark im August d. J. zurückgegangen. Die Anzahl der Schäden bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten belief sich im September auf 5904 gegen 5460 im September des Vorjahres. Die gesamten Schadensvergütungen dieser öffentlichen Anstalten belaufen sich für das Kalenderjahr 1932 bis einschließl. September auf rund 76 Millionen Mark. Die Gesamtleistungen 1931 waren 84,2 Millionen.

Der Baufostenindex im Jahre 1932. Der deutsche Baukostenindex (1913 = 100), der seinen Höchststand in der Nachkriegszeit im September 1929 mit 181,4 erreicht hatte und im Januar 1930 auf 178,0, im Januar 1931 auf 153,0 und im Juni 1931 auf 142,9 zurückgegangen war, ist seitdem ständig weiter gesunken. Er betrug im Mai 1932 noch 123,5, im Juni 1932: 121,5, im Juli 1932: 121,0 und im August 1932: 120,6. Die Senkung der Baukosten seit ihrem Höchststande beträgt also mehr als ein Drittel.

Die Bautätigkeit im Jahre 1932. Die Bautätigkeit in den ersten drei Vierteljahre 1932 blieb ganz erheblich hinter derjenigen des Vorjahres zurück. An Wohnungen wurden rund 61,5 Prozent weniger erstellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während die Zahl der erstellten Umbauwohnungen mehr als doppelt so groß ist als im 1931. Die Zahl der Baugenehmigungen blieb um 41 Prozent, die der Baugenehmigungen um 46 Prozent hinter denen im Jahre 1931 zurück. 47 Prozent gegenüber 32 Prozent des Wohnungszugangs wurde von privatem

Ein schön saftiges Haus!
Wäsche-Edelwuch 275
la. südd. Qual. für alle Wäschewecke, 2 Mk.
Weichheitspreis 10 Mr. 5.25, 5 Mr.
die Stoff-Elage von Neuus
Crefelderstrasse, Ecke Capellen
Servos

Rheinisches Städtebundtheater.

Grillparzer „Weh dem, der lügt“.

Zur Hauptsache hat bisher im Spielplan dieser Saison das Rheinische Städtebundtheater auf die Literatur der Vergangenheit zurückgegriffen. Was insbesondere die Lustspiel-Gattung anbelangt, so ist bei diesem Zurückgreifen die Situation immer ein wenig verhänglich. Denn der Sinn für Humor ist stark wandelbar im Laufe der Zeiten, ganz abgesehen davon, daß auch nationale Bedingungen noch ihre Einflüsse bei diesem Typ des dramatischen Spiels geltend machen. Gestern abend führte man uns nun im Zeughaussaal ein deutsches Lustspiel älterer Prägung, Grillparzers „Weh dem, der lügt“, vor. Klar hebt sich das national Charakteristische heraus: Das Gemüt spielt in ihm eine nicht unwesentliche Rolle und daneben die Reizung, den recht fest angelagerten Vorwurf mit Gedankentiefe zu durchsetzen, ja sogar sein dramatisches Werden aus einer sittlichen Idee heraus zu entwickeln. Das Zeitbedingte liegt in einer gewissen Weichheit des Gefühls, die aber nicht des klaren Blickes für das menschlich Wesenhafte entbehrt und mit wenigen sicheren Strichen die handelnden Personen in ihrer Art gegeneinander abzuheben weiß. Um diese kontrastreiche Herausarbeitung der Charaktere bemühte sich die Regie des Intendanten Hanns König mit bestem Erfolge und sorgte daneben für einen flotten Ablauf des Spiels. Einige Abdämpfungen in den Szenen mit den Barbaren kann es vielleicht noch betragen. Denn nicht der äußere Handlungsabgang lag hier Grillparzer am Herzen, sondern der innere Wandlungsabgang der Hauptgestalt des Stückes, des Mädchenjungen Leon. Diesen frühlichen Naturburschen mit seiner unbefangenen und doch so feinführenden Neugierlichkeit ließ Ludwig Heine in treffender Zeichnung erstehen. In ähnlicher Anlage spielte Junge Reiff die auch vom Dichter mit ähnlichen Herzensvorzügen bedachte Edrita und stellte wiederum unter Beweis, daß gerade derartige eine gewisse Reife und Frische des Spiels erfordern. Den Rollen ihrem schauspielerischen Talente besonders geeignet sind. Vortrefflich auch in seiner eifigen und reichlichen Aufgeblasenheit der Alalus von Ernst Wagner! Der fromme

Bischof Gregor gelang in der Darstellung von Hans Frommann sprachlich gut, darstellerisch vielleicht etwas zu jugendlich. Als roher Barbar, Graf Rattwald im Rheingau, konnte Rudolf Birkenmeyer stimmlich kräftig aus sich herausgehen. Hans Schweisgut hätte in der Rolle für den blöden, tierhaften Gaiomir noch etwas stärker auftragen können. Hanns König war ein würdiger Hausverwalter des greisen Bischofs, Ernst Deiternan, in gleichem Dienst bei Rattwald, entsprechend nach der barbarischen Seite abgewandt. Das Bühnenbild hatte wiederum mit sicherem Blick für die vorliegenden Raumverhältnisse Wilhelm Terboven gestellt.



Ernst Wagner als Alalus, Regie des Bischofs Gregor; Junge Reiff als Edrita Tochter des Grafen Rattwald; Ludwig Heine als Mädchenjunge Leon.

Wenn der Arbeitnehmer den Antrag an, dann muß

Recht u
eines schön

1

Ernährung und Landwirtschaft

Dienstag, 13. Dezember 1932

Jahrgang 59 — Nummer 341

Beilage zur Neuf-Breidenburger Zeitung

Ackerbau und Viehzucht.

Mäuse in der Miete.

Recht unangenehm ist es für den Mietenbesitzer, wenn er eines schönen Tages feststellen muß, daß in seinen Mieten sich die Feldmäuse breit machen und seine wertvollen Früchte stärker angreifen, als dies normalerweise der Fall ist. Gerade im Herbst ziehen sich ja die Mäuse von den Feldern dorthin, wo sie Wärme und Unterschlupf finden, stellen sich also nicht nur bei den Getreidekörnern ein, sondern mit Vorliebe auch an den Mieten, wo das zur Mietenbildung verwendete Stroh ihnen eine willkommene Herberge bietet.

Für die Bekämpfung der Feldmäuse stehen uns die verschiedensten Mittel zur Verfügung, viele davon lassen sich jedoch an den Mieten nicht anwenden; vom Gift kann z. B. kein Gebrauch gemacht werden, da immer die Gefahr besteht, daß dieses unter die Mietenfrüchte kommt und so zu Vergiftungsfällen bei der Verfütterung Veranlassung gibt. Verhältnismäßig einfach lassen sich zwar Bakterienpräparate anwenden, die leicht mit langen Röhren, sogenannten Legepfosten, auch in die Mieten gebracht werden können, wenn nämlich infolge früherer Vergiftungen ein bakterienfester Mäusekennzeichen entstanden ist. Verhältnismäßig am einfachsten sind die Vergiftungsverfahren, die gebräuchlichen Röhrenpräparate haben längere Röhren, die man sehr leicht entsprechend verlängern kann, so daß es mit ihrer Hilfe gelingt, die Gase in die Miete selbst, die natürlich schon gedeckt sein muß, einzuleiten.

Da aber den ganzen Herbst und Winter hindurch damit zu rechnen ist, daß neue Zuwanderungen kommen, so sollte in Gegenden, die stark unter Mäuseplagen zu leiden haben, die ganze Mietenanlage mit einem etwa 30 Zentimeter tiefen Kanngaben umgeben werden. Dieser soll natürlich möglichst feucht-rechte Wände haben, um ein Entweichen der Gase zu verhindern, außerdem ist es gut, in regelmäßigen Abständen mit dem Erdböhrer von der Grabensohle aus tiefe Löcher herzustellen, in denen sich die Gase sammeln. Den gleichen Zweck erreicht man auch durch Einbringen glasierter Zöpfe oder unbrauchbaren Gefäßes aus dem Haushalt. Dieses findet hier jedenfalls bessere Verwendung, als wenn es irgendwo in eine Sandgrube geworfen wird und dort nicht nur die Gase verunreinigt, sondern auch immerhin eine gewisse Gefahr darstellt.

Lauffälle dürfen auch im Winter offen sein.

Zurück zur Natur! heißt auch in der Landwirtschaft die Lösung, doch wird diese Bedingung durch die Mäuseplage im Winter vielfach nicht erfüllt. Im Sommer, ja, da sind die Verhältnisse geradezu ideal, weil Weide zur Verfügung steht; mehr als die Hälfte des Jahres bringt das Jungvieh jedoch im Stall zu und kommt dabei höchstens für kurze Zeit aus den dicken, lichtarmen Räumen. Wie sehr die jungen Tiere sich aber darüber freuen, sich einmal auch in der kalten Jahreszeit frei tummeln zu können, das sieht man daraus, wenn die Tiere zufälligerweise einmal loskommen. Mehrjährige Versuch haben auch gezeigt, daß die Mäuseplage im offenen Lauffall bei der folgenden Winterperiode eine wesentlich höhere Gewichtssteigerung ermöglicht.

Die Errichtung von Lauffällen kann mit verhältnismäßig geringen Mitteln ermöglicht werden. Allerdings ist die Voraussetzung dafür, daß das Vieh einzeln gefüttert wird, um ein Verdrängen schwächerer Tiere durch die stärkeren zu verhindern, was sehr leicht durch Anbringen einfacher Freigitter ermöglicht werden kann. Der eigentliche Stall hat keine Tür, sondern einen widerstandsfähigen Vorhang, um den Tieren jederzeit einen Wechsel der Temperatur zu ermöglichen. Ein kleiner Vorhang ist anzubringen, um die stärksten atmosphärischen Einflüsse von der Stalltür fernzuhalten. Die Rückseite des Stalles soll nach Süden schauen, um den Tieren auch im Winter so viel Licht als möglich zur Verfügung zu stellen. Die Lauffälle selbst können entweder nur festgestampfte Erde als Boden aufweisen, oder auch sogenannten Schlackenbeton. In letzterem Falle ist es aber unbedingt nötig, Streu — also Abfallstreu oder Karottenschnitt — aufzubringen, um den Tieren eine verhältnismäßig warme Stätte zur Verfügung zu stellen. Wer es immer mit offenen Lauffällen für die Jungviehauzucht im Winter versucht, wird die Erfahrung machen, daß dadurch die eigentliche Stallarbeit beträchtlich vereinfacht wird, da der Mist fast ausschließlich im Freien abgeleitet wird. Die Art und Weise, wie ein solcher Stall am einfachsten jeweils gebaut werden kann, hängt von den örtlichen Verhältnissen zu sehr ab, als daß eine allgemein gültige Anleitung gegeben werden könnte.

Ein Eiskeller soll gebaut werden.

Wenn auch für bestimmte Zwecke, z. B. Tiefkühlung der Milch, künstliche Kühlanlagen nicht entbehrt werden können, so wird doch ab und zu im landwirtschaftlichen Betrieb, insbesondere zur Verbutterung, ein kühler Raum benötigt, der verhältnismäßig billig herzustellen sein muß. Die Anlagen für eine Kühlmachmaschine sind so beträchtlich, daß in diesem Falle die Errichtung nicht lohnen würde, während ein sogenannter Eiskeller sich verhältnismäßig preiswert herrichten läßt, unter der Voraussetzung, daß das Eis aus lauberen, stehenden Gewässern kostenlos zur Verfügung steht. Den Eiskeller aus Holz zu errichten, ist nicht angängig, da dieser gut isolierende Baustoff sehr schnell fault, wenn eine frische Luftzufuhr nicht stattfindet. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Wände massiv zu bauen, und zwar doppelt, damit die

Füllung des Zwischenraumes mit Torf oder Spreu möglich ist. Wenn die Umstände es zulassen, den Eiskeller möglichst tief in einen Abhang hineinzubauen, so werden die Schmelzverluste sich in niedrigen Grenzen halten, dabei muß immer darauf Rücksicht genommen werden, daß das Eiswasser auch abfließt. Zu klein dürfen die Maße nicht genommen werden, da die Schmelzverluste sich steigern, je kleiner die Eismasse gewählt wird. 15 bis 20 Kubikmeter Eis wird man also mindestens einlagern müssen. Ganz besonders wichtig ist ein starker Schutz des Daches; hier kann die Isolierschicht gar nicht dick genug gemacht werden.

Kleintierzucht.

Auslauf im Winter

Ob den Hühnern im Winter Auslauf gegeben werden soll, ist eine viel umstrittene Frage. Häufig ist der Hälter sogar gezwungen, die Tiere auch bei Regen und Schnee herauszulassen, da ältere Geflügelställe höchstens einen kleinen Scharrraum haben, der dem Bewegungsbedürfnis der Tiere nicht entspricht. Wir wissen ja an und für sich genau, daß naturgemäß aufgezogene Hausvögel gegen Erkältungskrankheiten verhältnismäßig widerstandsfähig sind, aber doch können sie sich bei ausgeprochenem Schladewetter den Todeskeim holen. Wenn ein guter Scharrraum zur Verfügung steht, wäre es eine Erhöhung der Gefahren, die Tiere während einer schlechten Witterungsperiode ins Freie zu lassen, natürlich muß man immer reichlich Grünfütter zur Verfügung stellen. Der Auslauf hat ja nicht nur die Aufgabe, den Tieren Bewegungs-möglichkeit zu geben, sondern soll auch die eine oder andere Zutat in Gestalt von Insekten schaffen. Im Winter ist aber mit einer solchen Zuteilung nicht zu rechnen, also unverständlich, warum man die Tiere bei ausgeprochenem Schneewetter ins Freie lassen soll, wo sie meist ziemlich regungslos herumstehen und sich so Erkältungskrankheiten holen.

Gartenbau.

Was ist Rasenerde?

Sehr viele Zimmerpflanzen fühlen sich in Rasenerde besonders wohl, daneben aber auch manche Gemüsesorten, wie Gurken und Tomaten. Rasenerde kann man sich selbst herstellen, indem man aus einer mit Substraten befeuchteten Wiefe Boden flach abkratzt, sie mit Säuggräsern durchsetzt, zu kaufen achtet und dann einige Male umkult. Im dritten Jahre hat man eine Masse, die feimelig und dabei doch locker ist und das Pflanzenwachstum besonders begünstigt. Nicht jeder wird in der Lage sein, sich auf diese Weise das nötige Erdreich zu verschaffen, er vernimmt dann am besten lehmigen Gartenboden mit etwas Torfmüll, Kuh-dünger, sowie dem Aufhieb von Gräben. In einigen Jahren entsteht durch öfteres Umleihen, wobei Phosphorsäure und Kalk noch zu geben sind, eine Erdat, die man immerhin als guten Ersatz für Rasenerde ansprechen kann, wenn sie natürlich auch nicht alle Vorzüge der letzteren aufweist.

Im frühe Karotten denken!

Mit Hilfe von frischem Pferedünger, also einem regel-rechten Mistbeet, kann man schon Ende Dezember, anfangs Januar an die Aussaat von Karotten denken. Karottensamen liegt mindestens 14 Tage in der Erde, ehe er keimt. Während dieser Zeit vermeiden wir Wärmeverluste in den Kästen durch Auflegen von Decken. Es muß schon ein besonders strenger Winter sein, wenn die Aussaat erst im Februar vorgenommen werden kann, was dann aber stets die Ernte um einige Wochen verzögert. Immerhin sind viele Gemüsekulturen von der all-erfrühesten Aussaat abgekommen, weil der Erfolg später sicherer wird. Die Sonne ist wärmer, die Fenster halten die Mist-beetwärme besser zusammen, zwei Vorteile, die dem Zeitverlust gegenüberstehen. Es gilt dann nur, den Keimvorgang abzu-kürzen, was am besten dadurch geschieht, daß der Samen mit feuchtem Sand vermischt wird und in einem unter einer Tem-peratur von 2,5 Grad stehenden Topf aufbewahrt wird. Ein gleichmäßiges Feuchthalten ist von Wichtigkeit. Den Samen läßt man vor dem Ausstreuen lufttrocknen, er keimt sehr rasch. Wenn die Wurzeln früher erscheinen sollten, so darf die Saat nicht so sehr getrocknet werden, damit jene nicht leiden.

Kurz, aber gut.

Die Schlachtung des Geflügels will gelernt sein, soll sie nicht in Tierquälerei ausarten. Im Haushalt werden die Tiere meist ohne vorhergehende Betäubung abgeschlachtet, während die gewerbsmäßige Geflügelhaltung einen Betäu-bungsschlag anwendet und dann mit dem Messer in den Schlund sticht. Ganz neu und eine wesentliche Erleichterung für die Hausfrau ist eine Geflügelschlachtmachine, die auto-matisch den Nackenstich anwendet und gleichzeitig die Hals-schlagader durchschneidet. Die Arbeit mit dieser Vorrichtung geht sehr schnell. Das Tier wird mit der linken Hand am Schnabel gehalten, die Zange unter den Kopf gelegt, ein kleiner Druck genügt, um die ganze Arbeit zu erledigen.

Keimfähigkeitsprüfung. Da sehr viele Gemüsesamen im Laufe der Zeit ihre Keimfähigkeit mehr oder weniger ein-büßen, so ist bei längerer Aufbewahrung unbedingt eine Keim-probe nötig, um Mißerfolgen vorzubeugen. Das ist sehr ein-fach. Ein Blechzettel wird genommen, mit dicken Löschblät-tern gefüllt, diese werden angefeuchtet, schließlich kommt noch ein Deckel darüber. Hierauf werden je nach der Größe fünf-zig Samen abgezählt, auf das Löschpapier gelegt, nochmals mit einem feuchten Löschblatt zugedeckt und dann an einem mäßig warmen Ort aufgestellt. Nach 8 Tagen wird nachge-sehen, um festzustellen, wie die Keimung vor sich geht; manche Samen keimen sehr langsam, dann muß eben die Nachschau später gehalten werden.

Es kann bei Vögeln Gift werden. Stark gefasene Aukensabfälle dürfen dem Geflügel nicht zugänglich ge-macht werden. Erbrechen, Durchfall, Atmungsbeschwerden

und Herzschwäche sind die Folgen einer Kochsalzvergiftung. Als Gegenmittel werden starker Kaffee und viel Wasser ge-geben.

Krautfutter nach dem Kalben schädlich. Wer mit Kraft-futtergaben sofort nach dem Kalben die Milchbildung an-zutreiben hofft, wird besonders bei Leistungstieren Kalbe-sieber hervorgeufen. Man füttere also schwach und steigere erst nach einigen Tagen.

Grünfüttersto als Gefahrenquelle. Nicht nur bei Jauche-gruben treten häufig Kohlenäurevergiftungen auf, sondern auch im Grünfüttersto. Eine brennende Laterne auf den Grund des Behälters herabgelassen, sichert vor dieser Gefahr. Ist Kohlenäure vorhanden, so verflücht sie.

Zweitschlachten durch eine Schildlaus. Viele Eingänge von Zweitschlachten sind in den letzten Jahren auf die Zweitschlach-tenschildlaus zurückzuführen. Ein Anstrich der Stämme mit Kalzmilch, der etwas Östbaumtarbolineum beigemischt wird, tötet die Laus nicht ohne weiteres, manche aber erstickt zwischen dem Leberzug. Der richtige Zeitpunkt zur Schild-lausbekämpfung ist im Februar gekommen, wenn die Schild-läuse auf die jüngeren Zweige wandern. 10 bis 15prozentiges Östbaumtarbolineum schafft Ruhe.

Fufarumpflanze treten nicht nur beim Getreide, sondern auch bei Rindvieh auf. Die Stengel verkrümmen sich, an den Blättern entstehen braune Stellen. Die ganze Pflanze wird leicht berührt. Eine Bekämpfung des Pilzes ist nur durch Bodendesinfektion mit Schwefelkohlenstoff und forma-lin möglich. Diese Arbeit erfordert aber Vorsicht, da die Gase ebenfalls Pflanzenseinde sind.

Abgedeckte Jauchegräben sind Fliegenzuchten. Die meisten Jauchegräben im Stall werden heute abgedeckt; sie sehen so sauberer aus, doch fördern sie unbedingt die Fliegenplage, weshalb man jetzt im Winter daran gehen soll, die Abdeckung wegzunehmen und lieber den Jauchegraben öfter mit Wasser durchzuspielen und zu kehren.

Sonnenblumen als Geflügelfutter. Sonnenblumen gallen schon bisher als gutes Mauerfütter, ebenso wie Hanf, Raps und Rüben. Ihrer allgemeinen Verwertung stand jedoch der hohe Preis entgegen. Neuerdings wird aber die Sonnenblume auch in Deutschland vielfach angebaut oder im Kleingarten gezogen, sodaß darauf hingewiesen werden muß, dieses fettreiche Futtermittel dem Körnerfütter im Winter ohne Bedenken zuzufügen. Ueber die Menge kann nur ein Versuch Aufklärung geben.

Matratzenfremd auch im Hühnerstall. Gerade im Winter ist es sehr wichtig, die Einstreu im Stall nicht zu vergessen. Erstens einmal haben dann die Hühner Gelegenheit zu in-tenсивer Schararbeit, wenn das Körnerfütter jeweils da-zwischen gestreut wird. Während man früher die Einstreu ver-trat, daß die Streu möglichst oft gewechselt werden müsse, wobei natürlich aus Grsparnisgründen nur eine dünne Lage in Frage kam, mehren sich heute die Stimmen, welche empfehlen, die Einstreu nur alle Monate zu entfernen, täglich aber neue Streu zu geben. Dadurch entfällt eine Art Matratze, die einen warmen Boden garantiert und Erkäl-tungsrankheiten in gewissem Grade verhindert. Die Maß-nahme wird sich allerdings nur dort durchführen lassen, wo bestimmt keine ansteckenden Krankheiten übertragen werden können.

Deutschland siegt im amerikanischen „Sabotage-Projekt“.



Das deutsch-amerikanische Schiedsgericht.

Von links nach rechts: Mr. Anderson, der amerikanische Vertreter, Mr. Boyden, der Unparteiische, Dr. Kieselbach, der deutsche Vertreter. In dem sogenannten Sabotage-Projekt, der wegen der Explosionen in den amerikanischen Munitions-lagern Plakatom und Ringsland während des Weltkrieges gegen Deutschland angeklagt worden war, ist jetzt die Unschuld Deutschlands endgültig festgestellt worden. Die amerikanischen Vertreter hatten behauptet, daß die Explosionen durch deutsche Agenten hervorgerufen worden seien und hatten daraufhin eine Entschädigungssumme von 160 Millionen Mark gefordert.

Weiße Zähne Chlorodont

Genießt mehr Milch und Milchspeisen

Für eine Mark gibt die Milch 2 100 A hrein-hei-ten, das Fleisch 300-500, die Eier 470, das Bier 450. Es gibt viele nahrhafte und abwechslungsreiche Milch-speisen. Hier stellt die einheimische Produktion!

Chiel
Reinigung

Großkreis Grevenbroich-Neuß

Dienstag, 13. Dezember 1932

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Jahrgang 59 — Nummer 341

Guter Erfolg der Werbewoche!

Stadtrat in Grevenbroich.

Finanzlage ernst, aber nicht verzweifelt. — Vom Freiwilligen Arbeitsdienst. — Wieder „Geschicklichkeits“automaten! — Winterhilfe durch Finanzkommission.

Unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Waltraff in Vertretung des durch eine Dienstreise verhinderten Bürgermeisters Wilms war gestern der Stadtrat Grevenbroich bis auf die entschuldigten Herren Hermanns, Wünder und Erdens zur Erledigung einer wichtigen Tagesordnung versammelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Vertreter der Kommunistischen Partei, denen sich der sozialdemokratische Stadtratsordner Brand angeschlossen, daß die Anträge beider Parteien betr. Winterhilfe an erster Stelle beraten werden sollten. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Verwaltung gesetzlich gezwungen sei, bei neuen Ausgaben auch gleichzeitig die Deckung zu beschließen. Diese Deckungsvorschläge hätten dem Antrag der kommunistischen Partei nicht beigegeben. Erst vor zwei bis drei Tagen seien solche eingegangen. Stadtratsordner Amtsgerichtsrat Rath erklärte, ihm seien diese Anträge überhaupt noch nicht bekannt. Der Kreisausschuß habe bereits Winterbeihilfen beschlossen. Wenn das Nähere darüber bekannt sei, könne man auch hier weitere Beschlüsse fassen. Stadtratsordner Direktor Stähler wies darauf hin, daß die Deckungsvorschläge der kommunistischen Partei erst vor einigen Tagen eingegangen seien. Von der SPD. seien ihm keine Deckungsvorschläge bekannt. Stadtratsordner Amtsgerichtsrat Rath beantragte, die Anträge betreffend

Winterhilfe der Finanzkommission zur endgültigen Erledigung zu überweisen.

Vorher könne die Stadterwaltung sich mit dem Kreis in Verbindung setzen, um zu erfahren, was von dieser Seite gelte. Es wird dann gegen vier Stimmen abgelehnt, die Anträge an erster Stelle zu beraten. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Angelegenheit am Schluß der Sitzung noch zur Sprache kommen werde. Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

Bericht über die Finanzlage.

Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß Bürgermeister Wilms ein Exposé über die Finanzlage der Stadt ausgearbeitet habe. In diesem heißt es unter anderem:

Die bei Aufstellung des Etats vielfach aufgestellten Behauptungen, daß ein Haushaltsplan bei den sich stets verändernden Zeiten und Verhältnissen nur eine Festlegung der einzelnen Ausgabenpostitionen bedeuten könne, hat sich als richtig erwiesen, denn das Bild des Haushaltsplans vom April bezw. Juni d. J. hat sich vollkommen verändert. Betrag der im April errechnete Fehlbetrag rund 74 000 Mark, so schnellte er im Sommer hinauf auf 141 000 Mark infolge gewaltiger Einbußen an Reichsteuereinzahlungen und Bürgersteuer, Erhöhung der Kreisumlage von 91 000 Mark auf 120 000 Mark (bedingt durch eine anderweitige Regelung der Krisenfürsorge und Steigen der gesamten Wohlfahrtslasten) und endlich infolge des inzwischen ermittelten Ergebnisses der Rechnung 1931, die

einen buchmäßigen Fehlbetrag von 64 000 Mark aufweist,

aber sichere Reste in Höhe von ca. 53 000 Mark gegenüberstehen, so daß der tatsächliche Fehlbetrag pro 1931 ca. 11 000 Mark beträgt. Dieser immerhin günstige Rechnungsabluß 1931 und auch die jetzt verbesserte Einnahmesituation 1932 ist zur Hauptsache verursacht durch unerwartete Vorauszahlungen an Gewerbesteuer vom R. W. C., mit denen man damals nicht rechnen konnte, deren Höhe aber auch heute mangels Veranlagung noch nicht feststeht, von denen auch noch größere Anteile den Wohnungsgemeinden und dem Kreis zufließen. Auf Anordnung der Regierung mußte der Gemeindevorstand mit Genehmigung des Kreisausschusses die Umlagen wie folgt festsetzen:

Grundbesitzsteuer 260%
Gewerbesteuer 460%
Gewerbesteuer 1000%

Die Bürgersteuer wurde vom 1. Januar 1933 ab auf 600% erhöht. Damit sind die Landesbedürfnissbeiträge noch nicht erreicht. Bisher hat sich die Regierung im Wege der mündlichen Verhandlung mit dieser Steuerregelung einverstanden erklärt, obgleich bisher der Etat von der Regierung noch nicht genehmigt ist. Bei

diesen Steuerlägen beträgt der Fehlbetrag nunmehr noch 86 000 Mark.

Seit einigen Monaten sind Reichsbeiträge nicht mehr gegeben worden.

Die Kassenlage ist zwar schwierig, jedoch konnten im allgemeinen abgesehen von zeitweiligen Störungen die Verpflichtungen erfüllt werden. Dieses war nur möglich durch die unerwarteten Zahlungen vorgenannter Gewerbesteuer und durch den Umstand, daß die Stadt ihr ganzes Fondsvermögen einsetzen mußte, von

dem z. B. 90 000 Mark für Rechnung der Stadt Grevenbroich, 50 000 Mark sogar für Rechnung der Gemeinde Effen gegen Zinsen und 4000 Mark für Effen liquid gemacht werden mußten,

um auf diese Weise einigermaßen die Liquidität der Amts- und Gemeindefassen zu erhalten. Die Gemeinde Grevenbroich hat seit einigen Monaten Reichsbeiträge nicht mehr bezogen im Hinblick auf die ihm zur Verfügung stehenden Fonds. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die Unzulänglichkeit des Verteilungsverfahrens aus den Reichsbeiträgen, da die sparjam wirtschaftenden Gemeinden schlechter bedacht werden als diejenigen, die ihre Gelder z. B. an nicht notwendigen Anlagen (Sportanlagen, Badeanstalten und dergl.) verausgaben haben.

Zur Zeit liegen an Verbindlichkeiten vor ca. 58 000 Mark Staatsanleihen und 40 000 Mark aus Gewerbesteuerverpflichtungen an Wohnungsgemeinden bzw. Zinsen gegen-

über Landesbank und sonstigen kleineren laufenden Verbindlichkeiten.

Die Rückstände an Steuern betragen z. B. für die Stadt bis 1. Dezember ca. 60 000 Mark,

ferner 25 000 Mark gekündete und weitere 15 000 Mark, die nicht eintreibbar sind. Hinzu kommen ca. 12 000 Mark kaum bebringliche Miet- und Pachtforderungen. Die gemeindlichen Steuerrückstände betragen demnach bei den Realsteuern 25—30%, bei Bürger- und Biersteuer dagegen 50—60%. Diese Rückstände werden von der Regierung als zu hoch bezeichnet und sind von letzterer neuerdings strenge Anweisungen zur schärferen Beitreibung ergangen. Tatsächlich macht sich neben dem teilweise anerkannten Zahlungsumvermögen bei manchen Steuerzahlern gewissermaßen ein Steuerstreik bemerkbar, dem die Regierung mit allen Mitteln entgegentritt. Zur Zeit sind 2 hauptamtliche und 2 nebenamtliche Vollziehungsbeamten tätig.

Die Regierung macht die Zahlung weiterer Beihilfen von der härteren Einziehung der Steuern abhängig. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Amt

wöchentlich allein 11 000 Mark an Wohlfahrtslasten

aufbringen muß. Die Zahl der öffentlich unterstützten Personen beträgt z. B. im Amtsbezirk 2631 gegenüber 1700 im Anfang des Rechnungsjahres. Diese ungünstige Verhältnisse hat sich allerdings in stärkerer Weise in der Gemeinde Effen bemerkbar gemacht.

Bei diesen enormen Lasten, die Kreis und Gemeinden obliegen, und zum Teil erhöht werden durch den Umstand, daß die bisher in den Großstädten tätigen Arbeiter nunmehr erwerbslos geworden sind, ist es ein selbstverständliches Gebot, aus Gründen des Selbsthaltungstriebes alles zu tun, um die eigene Wirtschaftskraft im Kreis und in den Gemeinden zu stärken. Diesem Ziele dienete auch die von der Stadt Grevenbroich im Verein mit dem

Einzelhandelsverband unternommene Werbe-woche. Diese hatte erfreulicherweise einen guten Erfolg.

Nicht nur war der Besuch ein außerordentlich reger, sondern auch die Zahl der verausgabten Gutschein-

Stadt- und Amtsnachrichten

Grevenbroich 13. Dezember 1932

Zentraler Wasserwerkstarif.

Die Wasserwerkstarif der Stadt und des Amtes Grevenbroich weist, da die einzelnen Gemeinden sich die Wasserwerkstarif bezw. die Tarifsetzung vorbehalten haben, Verschiedenheiten auf. Für die Stadt Grevenbroich kommt Grevenbroich (alte Stadt), Altrath-Warrenstein, Neuenhausen, Laach mit 7500 Einwohnern in Frage, wozu im Amtsbezirk Effen, Rothhausen und Effen tritt. Das 12 500 Einwohner umfassende Gebiet hat also über eine halbe Million Einwohner, obwohl an seiner Versorgung nur zwei Wasserwerke beteiligt sind. Wie wir hören, schweben Verhandlungen über eine zentrale Wasserwerkstarif bzw. Festsetzung eines Einheitspreises des Wassers für das ganze Amtsgebiet. Wie weit dies sich ermöglichen läßt, werden die Verhandlungen in der nächsten Zeit erweisen müssen.

Das Städtetheater in der Kreisstadt. Am Samstag nachmittag hatte das Rheinische Städtetheater die Jungend zu einer Aufführung von „Jugend in der Mark“ im Saal von H. Müller und A. Wagner eingeladen. Schon lange vor Beginn der Vorstellung war der Saal des Hotel Reich gefüllt. Das Geschehen auf der Bühne nahm die Kleinsten ganz gefangen. Als während der Pause der Nikolaus erschien und seine Gaben verteilte, herrschte großer Jubel. In der Abendvorstellung gelangte Walter Erich Schäfers Schauspiel „Der 18. Oktober“ zur Aufführung. Der Besuch war leider nicht gerade überwältigend. Die Schauspieler ernteten großen Beifall. Die Aufführungen werden dem Theater neue Freunde gewonnen haben.

Vom deutschen Abend. Während einer Pause des „Deutschen Abends“ über den wir schon gestern kurz berichteten, richtete Herr L. Walraf einige Worte an die Versammelten, denen er für ihr Erscheinen dankte. Die Werbewoche hätte keinen besseren Abschluß finden können. Dank für das gute Gelingen der Werbewoche gebührt vor allem dem Einzelhandelsverband, insbesondere Dr. Emmerich, auch der Stadtverwaltung und Bürgermeister Wilms, der leider durch eine Dienstreise verhindert war an der Feierstunde teilzunehmen. Dank gebührt auch der Grevenbroicher Geschäftswelt, die bewiesen habe, daß trotz der Schwere der Zeit ein gesunder Lebenswille innerhalb der Mauern der Kreisstadt herrsche. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß nun auch die Bürger das Wort „Kauf am Platz“ weiter befolgen. Der Abend bewies wieder so recht das Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadt- und Landbewohner. Zum Schluß gedachte Herr Walraf noch des Reichspräsidenten. Dem beglückwünschte er seinen Tod auf Hindenburg und das deutsche Vaterland folgte das Deutschlandlied.

Musikmeister Süper und seine Kapelle verstanden es, die Zeit in angenehmer Weise zu verfließen. Es ist zu hoffen, daß Grevenbroich noch öfters derartige Abende erleben werden.

Beiländenes Staatsexamen. Cand. med. dent. Erich Vogt bestand an der Universität Bonn sein Staatsexamen.

war über Erwarten groß, so daß auch der gesamte Umsatz allgemein befriedigt und hier ergibt sich auch für die Verwaltung die Ehrenpflicht, allen zu danken, die mitgearbeitet haben auf Seite der Veranstalter, aber auch auf Seite der Konsumenten im gesamten Grevenbroicher Gebiet.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis dieses Exposes dahin zusammen, daß die Finanzlage der Stadt Grevenbroich nicht verzweifelt sei, weil man eben sparsam gewirtschaftet habe und die Fonds da seien. Die Finanzlage sei aber äußerst prekär und wenn nicht Hilfe vom Reich komme, werde die Stadt nicht mehr in der Lage sein, die notwendigen Sachen zu bezahlen.

Deckung nachweisbarer Bedürfnisse des Haushalts gemäß Beschluß der Finanzkommission.

Vorländer: Es handelt sich um unvermeidliche Ausgaben, welche die Finanzkommission genau geprüft und genehmigt habe. Stadtratsordner Amtsgerichtsrat Rath stellt hierzu den Antrag, die Finanzkommission zu ermächtigen, notwendige Ueberreitungen selbständig zu genehmigen, wenn der Etat dadurch nicht erhöht werde. Dieser Antrag wurde genehmigt, ebenso die von der Finanzkommission bewilligten Beträge.

Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Im Broich hinter Kleinfeldbächen sollten fünfzig Morgen urbar gemacht werden, zunächst einmal neun Morgen. Träger der Arbeiten sei die Stadtgemeinde Grevenbroich, Unternehmer der Kreuzlandbund. Das Broichgebiet solle 80 Zentimeter mit guter Erde erhöht und für Siedlungszwecke nutzbar gemacht werden. Hierbei sollten etwa hundert Arbeitswillige beschäftigt werden. Die Firma Gottschall habe eine Lokomotive und 800 Meter Geleise kostenlos zur Verfügung gestellt. Weitere 1000 Meter Geleise sollten für 9 Pfg. je Monat und Meter von einer Düsseldorf-Firma gemietet werden. Der Lohn werde vom Arbeitsamt geleistet. Die Stadt habe 1000 Mark Kosten, die an anderen Positionen u. a. Bürgersegherstellung gespart werden sollen. Die Arbeiten seien genehmigt. Heute handele es sich nur um die Genehmigung der Verträge.

Die Verträge werden dann gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten genehmigt.

Ein Antrag, auch die sogenannte Quaddach im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Errichtung einer Badeanstalt brauchbar zu machen, sei abgelehnt worden. Dagegen ist die Beschäftigung von

zehn Mädchen im freiwilligen Arbeitsdienst die für die Nothilfe Kleidungsküste instand-

setzen sollen, genehmigt worden. Es handele sich um Karitasarbeiten unter der Leitung von Fräulein Lehrerin Engels.

Die Erfindungsfähigkeit beabsichtigt eine Umgestaltung der Erft.

Die Stadt Grevenbroich habe darauf zu sehen, daß dies in ihrem Reichthum so gelte, daß es zur Verschönerung der Stadt diene.

Grundstücksaustausch auf dem Welchenberg.

Vorländer: Der Kreis habe seiner Zeit für das Kindererholungsheim auch Grundstücke der Gemeinde Neuenhausen in Anspruch genommen, worüber jedoch nur ein Abkommen mit dem Ortsvorsteher vorliege. Heute solle eine formelle Beschlussfassung über den Grundstücksaustausch zwischen dem Kreis und der früheren Gemeinde Neuenhausen erfolgen. Einwendungen werden dagegen nicht erhoben.

Besteuerung von Geschicklichkeitsautomaten.

Vorländer: Die Stadt habe früher die Aufstellung von Geschicklichkeitsautomaten abgelehnt bezw. sie durch Festsetzung einer Steuer von monatlich 100 Mark unmöglich gemacht. Gegen diese Steuer habe der Unternehmer beim Kreisausschuß mit Erfolg Einspruch erhoben, da nach der Vergütungssteuerordnung nur bis 5 Mark erhoben werden dürfen. Bei höheren Sätzen müsse die Vergütungssteuerordnung geändert werden. Die Biervereinnigung verlange die Zulassung der Apparate angelichts des schlechten Geschäftsgangs in ihrem Gewerbe. Die Unternehmer seien bereit, 25 bezw. 30 Mark monatlich je Apparat zu bezahlen. Die Stadt werde von der Behörde auch angehalten, alle möglichen Steuerquellen zu erschöpfen. Von kommunistischer Seite wird darauf hingewiesen, daß viele Wirte mit der Biersteuer im Rückstande seien, und die Zulassung der Apparate empfohlen. Auch der sozialdemokratische Stadtratsordner Brand erklärte sich für die Zulassung bei 30 Mark Monatsabgabe. Die Einkünfte könne man für die Erwerbslosen verwenden. Stadtratsordner Stähler bemerkte, er sei gegen die Aufstellung gewesen. Nachdem aber Vertreter der Arbeiterschaft sich für sie ausgesprochen hätten, habe er nichts mehr dagegen. Stadtratsordner Amtsgerichtsrat Rath erklärte, die Frage sei noch offen, ob es sich

um ein Glück- oder Geschicklichkeitspiel

handele. Wenn es in Berlin zur Entscheidung komme, daß die Apparate zugelassen seien, könne man doch nichts gegen sie tun. Bis zu dieser Entscheidung könne man sie also genehmigen. Bei der Abstimmung erklärten sich acht Stimmen für die Zulassung und acht gegen sie. Der Vorsitzende gab dann mit seiner Stimme den Ausschlag für die Zulassung, wobei er betonte, er tue das im Interesse der zu erzielenden Steuer. An sich sei er anderer Ansicht. Besonders ausgemacht wurde noch, daß die Steuer von 30 Mark monatlich im Voraus zu zahlen sei.

Die Einziehung der Beiträge zur Invalidenversicherung soll wie bisher durch die Orts- und Betriebsrentenstellen erfolgen.

Die Umbenennung einzelner Straßen und die Wahl eines Mitglieds zur Wasserwerkstarifkommission Welchenberg wurde vertagt.

Am Neuenhausen sollen 85 schlagreife Bappeln geschlagen werden. Stadtratsordner Granderath macht darauf aufmerksam, daß dadurch das landschaftliche Bild nicht geschädigt werden dürfe. Der Vorsitzende erklärte, eine Bes-

Schmelzung der Landschaft werde nicht erfolgen. Den Erlass für die Schlagreifen Bäume könne man jedoch sehr gut gebrauchen.

Als Schiedsmann für Altrath, Barrenstein und Neuenhausen wurde Herr Hubert Esser und als Stellvertreter Herr Stepprath wiedergewählt.

Winterhilfe.

Die Anträge der KPD. wurden verlesen. Als Dedung war unter anderem vorgeschlagen die Zahlung aller Steuern an das Reich einzustellen ebenso die Kosten für das Prognostizium und die Polizei für die Winterhilfe zu verwenden. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Stadt dem Reich gar keine Steuern überweise. Die Dedungsvorschläge seien nicht möglich. Wie schon oben erwähnt, habe auch der Kreis die Winterhilfe beschlossen und ebenso lagen auch vom Reichstag Beschlüsse darüber vor. Er sei aber sicher dafür, alles zu tun, was dafür geeignet sei, die Notlage zu lindern und beantrage deshalb über die Winterhilfe in der Finanzkommission und Mittel und Wege zu finden, dafür Gelder flüssig zu machen. Stadtverordneter Amtsgerichtsrat Rath beantragte zu dieser Sitzung der Finanzkommission auch den sozialdemokratischen Stadtverordneten Brand hinzuzuziehen. Die Anträge fanden die Zustimmung des Kollegiums und der Termin für die Sitzung der Finanzkommission wurde auf Donnerstagnachmittag festgesetzt.

Der Gas- und Wasserpreis.

Vorländer: Die Gas- und Wasserpreise hätten die Deffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Herr Direktor Stähler habe nun die Verhältnisse des Gas- und Wasserwerkes geprüft und er bitte ihn das Ergebnis dem Stadtrat heute mitzuteilen.

Stadtverordneter Stähler: Im Auftrage der städtischen Finanzkommission und um den vielfachen Anfragen im Stadtrat nachzugehen, habe ich die Bücher und die Wirtschaftsführung des Gas- und Wasserwerkes geprüft. Ich bemerke gleich eingangs, daß mit der Geschäftsleitung jede Auskunft und jede Unterlage bereitwillig zur Verfügung gestellt hat, so daß ich in der Lage war, genaues Einbild in die Geschäfte zu nehmen. Ich konnte mich davon überzeugen, daß die Buchhaltung und Bilanzierung nach kaufmännischen Grundsätzen einwandfrei geschieht.

Tragendwelche überflüssige Ausgaben werden nicht gemacht, im Gegenteil, ich mußte feststellen, daß überall große Sparanfänge herrschen. Die Gehälter und Löhne sind angemessen und können im Vergleich zu Betrieben gleicher Art und Größe durchaus nicht als übersteigert bezeichnet werden. Das Personal ist auf das Minimum reduziert.

Auf Grund der Selbstkostenberechnung muß ich die Ueberzeugung gewinnen, daß eine

Erniedrigung des Gas- und Wasserpreises bei Beachtung privatwirtschaftlicher Grundsätze

3. Jt. nicht möglich ist,

da infolge der schlechten Zeitverhältnisse der Gaskonsum zurückgegangen, dagegen fühlbare Erleichterungen an Zinsen und Steuerabgaben kaum eingetreten sind. Hinzu kommt, daß die geschaffenen Gasneuanlagen nach Kavelen, Altrath und Barrenstein infolge der veränderten Wirtschaftsverhältnisse bisher nicht den erhofften Umsatz gebracht haben. Zu der Preisgestaltung bemerke ich noch, daß, falls die Stadt wie früher an dem Werk nicht beteiligt wäre, man mit einer Erhöhung der Gas- und Wasserpreise rechnen müßte. Bei der Preisgestaltung müssen die Vertreter der Stadt im Ausschuss auch auf die sozialen Belange der Bevölkerung Rücksicht nehmen, wenn auch dadurch der Gewinn für die Stadt 3. Jt. geschmälert wird.

Das Kollegium nahm die Mitteilung zur Kenntnis und der Vorsitzende dankte Herrn Stähler den Dank der Versammlung ab.

Geschäftsfunktionen der Rotgenossenschaft. Zur Entgegennahme von Anträgen aller Art, sowie für den Umtausch von Verbilligungskarten ist künftig Montag und Mittwoch, nachmittags von 2-5 Uhr, im Gymnasium — Eingang Gartenstraße — Gelegenheit gegeben. Beim Rathaus können Anträge nicht mehr gestellt werden.

Wewelinghoven

Brand in Wewelinghoven.

Infolge eines Kaminbrandes brach gegen 2 Uhr mittags in dem Anwesen der Geschwister Bernath hierseits, Poststraße, ein Feuer aus. Durch den vorherrschenden Wind griff das Feuer sehr schnell um sich. Kurz nach der Alarmierung traf die Feuerwehr unter Leitung des stellvertretenden Brandmeister Feuerer an der Brandstelle ein. Der Dachstuhl stand bereits in hellen Flammen. Die Wehr nahm aus mehreren Schlauchleitungen die Bekämpfung des Feuers auf. Die von der Wehr neuangeschaffte Schiebeleiter leistete dabei wertvolle Dienste. Allgemein wurden die Löscharbeiten durch die zahlreichen Leitungsdrähte erschwert. Bürgermeister Dr. Widmann wie der Ehrenchef der Wehr, Herr Art. Koch, waren an der Brandstelle zugegen. Trotz der umsichtigen und tatkräftigen Arbeit der Wehrleute blieb der Dachstuhl ein Raub der Flammen. Zwei Wehrleute wurden bei den Löscharbeiten verletzt. Ein Arzt wie Mitglieder der Wehr, Sanitätskolonne, leisteten die erste Hilfe. Durch den starken Wind wurden die Nachbargebäude gefährdet und mußte die Feuerwehr in drei Fällen in Tätigkeit treten. Eine Versicherung lag vor.

Familienabend im Rath. Gesellenverein.

Der katholische Gesellenverein veranstaltete im Zentral-Hotel einen Familienabend. Die Spielschar des KSG. führte das Lustspiel „Der Revisor“ v. Gogol auf. Die Spielschar verstand es, ihre Aufgabe glänzend zu lösen. Das Stück verlegte die Zuhörer in die Zeit der absoluten Staatsform und zeichnete in satirischer Weise die Beamtenkorruption. Josef Klausner spielte den „Revisor“ ausgezeichnet. Auch die Damenrollen waren gut besetzt. Von den Hebrigen gefielen insbesondere Borkhinsch und die Kaufleute. Nunmehr trifft die Spielschar die Vorbereitung zu ihrem 36. Stiftungsfest.

Ein Anschlag auf Haus Doorn?

Ein Fremder hatte sich eingeschlichen. — Strich schon mehrere Tage umher. — Verweigert jede Auskunft.

Anschlag

auf das Leben des Kaisers geplant?

Doorn. In Haus Doorn, der Wohnung des ehemaligen deutschen Kaisers, kam es gestern zu einem auffallend erregenden Vorfall, bei dem vermutlich ein Anschlag auf das Leben des Kaisers geplant war.

Im Laufe des Nachmittags überstieg ein unbekannter Mann an einer einsamen Stelle die Haus Doorn umgebende Mauer, ohne daß ihn jemand bemerkte. Später wurde der Eindringling jedoch von mehreren Dienern in einem der Räume des Schlosses entdeckt, überwältigt und der Polizei übergeben. Es stellte sich heraus, daß er einen Revolver sowie einen großen Dolch bei sich führte. Der Festgenommene ist deutscher Staatsangehöriger und verweigert hartnäckig Auskunft über seine Personalsowie den Zweck seines auffälligen Treibens. Es ist jedoch bereits festgestellt worden, daß er sich seit vergangenen Samstag in Doorn aufhält.

Der auffallend erregende Zwischenfall wird mit einem anderen Vorfall in Zusammenhang gebracht, der sich bereits Sonntag ereignete. Als am Sonntag ein Kraftwagen durch das Aushäuser der Festung des früheren Kaisers, an dem sich stets zwei holländische Landjäger aufhalten, hindurchfuhr, gelang es einem fremden Mann, hinter dem Automobil unbemerkt durch das Tor zu schlüpfen und so in den dahinter liegenden Park zu gelangen. Er konnte auf diese Weise bis in die Vorhalle des Schlosses vordringen. Dort wurde er jedoch angehalten und er-

klärte, daß er den ehemaligen deutschen Kaiser sprechen müsse. Da man ihn aber für einen Geisteskranken ansah, wurde er der Polizei übergeben. Als diese jedoch den Häftling, der deutsch sprach und augenscheinlich deutscher Staatsangehöriger war, nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß setzte, erklärte er, daß er bald wieder zurückkehren werde. Diese Ankündigung, die man anfangs nicht allzu ernst aufnahm, ist wahrscheinlich von dem Manne jetzt verwirklicht worden.

Die Nachricht von dem Attentatsversuch auf den vormalsigen deutschen Kaiser scheint in der ganzen Welt wie eine Bombe eingeschlagen zu haben. Ununterbrochen wurde das Telefonat von Doorn gestern in den späten Abendstunden und heute in den ersten Nachstunden von den verschiedensten Plätzen Europas, vor allem auch aus Deutschland, angerufen. Es konnte aber nur ganz selten eine Verbindung mit dem gewünschten Anschluß herstellen, da die Bewohner des Ortes Doorn sehr früh zu Bett zu gehen pflegen und auf telefonische Anrufe nicht mehr reagieren. Auch Haus Doorn, der Mittelpunkt der telefonischen Erkundungsversuche, gab keine Antwort.

Schon in der vergangenen Woche war der Dienerschaft und Geheimpolizei ein Mann in den 50er Jahren aufgefallen, der sich bei Dröbenwohnern nach dem ehemaligen Kaiser erkundigte und in auffälliger Weise in der Nähe des Schlosses herumtrieb. Man nimmt an, daß der Täter bereits am Sonntag in der Dunkelheit über das Gitter geklettert, an der Außenmauer in das Turmzimmer gestiegen ist und sich die Nacht und den ganzen Montag über verborgen hat. Das Turmzimmer liegt direkt gegenüber dem Arbeitszimmer des Kaisers.

Eine furchtbare Tragödie.

Mutter stößt ihre Kleinen in den Kanal. — Zerrüttete Familienverhältnisse.

Essen. Die Ehefrau Margarete Konzilia hat ihre drei Kinder Freitagabend in Alleenessen in den Rhein-Genne-Kanal gestoßen. Sie stellte sich Samstagmorgen auf dem Polizeiamt in Gladbeck und bezichtigte sich der furchtbaren Tat. Sie habe sich auch selbst das Leben nehmen wollen, sei aber im letzten Augenblick davon zurückgekehrt.

Frau Konzilia war Freitag nachmittags kurz vor 18 Uhr mit ihren drei Kindern nach Alleenessen zur Zweigertbrücke gegangen. Hier hat sie zunächst den kleinen Franz über die Kanalbrücke aus Wasser geführt und dann in den Kanal gestoßen. Die beiden anderen Kinder, zwei kleine Mädchen, konnten von ihrem Platz aus den Vorgang nicht beobachten und so ging als nächstes Opfer die kleine Margarete arglos mit ihrer Mutter und wurde ebenfalls in den Kanal gestoßen. Als letzte mußte die 16-jährige Margarete das gleiche Schicksal erleben. Am Samstag vormittags gelang es im Beisein der Kriminalpolizei die Leiche des kleinen Franz zu bergen, während die beiden anderen Leichen noch nicht gefunden werden konnten. Die Täterin wurde festgenommen. Das Motiv der Tat ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen. Die Frau klagt sehr über schlechte Behandlung seitens ihres Mannes, der zweimal wegen Körperverletzung verurteilt ist. Frau Konzilia hatte sich seit einigen Tagen mit ihren Kindern von Hause entfernt und hatte bei Bekannten vorläufig Unterkunft gefunden.

Zweimal überfahren und getötet.

Nachen. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Krefelderstraße der 36 Jahre alte Bankbeamte Ludwig Schumacher von einem Personentraktwagen überfahren. Er war mit einer Tasse aus Würfeln gekommen und lief, als er ausgestiegen war, gegen die linke Türschwelle eines aus Nachen kommenden Personentraktwagens. Schumacher wurde bei dem Anprall auf das Straßenpflaster geschleudert. Ein gleichfalls aus Richtung Nachen kommender Personentraktwagen überfuhr den am Boden liegenden Verletzten nochmals und fuhr weiter, ohne sich um ihn zu kümmern. Ein Arzt war sofort zur Stelle, konnte aber bei dem bis zur Unkenntlichkeit Verstückelten nur noch den Tod feststellen.

Schwerer Brand im Pfarrhaus.

1000 Bände vernichtet.

Wuppertal-Connborn. In der vergangenen Nacht ist das Jugendheim der Pfarrgemeinde St. Remigius, in dem sich auch 1000 Bände der Vortragsbibliothek befanden, durch einen Brand völlig vernichtet worden. Nachts gegen drei Uhr bemerkte der Pfarrer starke Rauchschwaden in seiner Wohnung, die an das Jugendheim grenzt, mit dem sie durch eine Tür verbunden ist. Erst nach längerem Suchen entdeckte er den sich bildenden Funkenregen war auch die Pfarrkirche eine Zeitlang gefährdet. Auch das Pfarrhaus wurde allerdings in schwächerem Maße von dem Brand in Mitleidenschaft gezogen.

Neuer westdeutscher Segelflugrekord.

Duisburg-Hamborn. Der westdeutsche Segelflugrekord im Dauerfliegen ist am Samstag durch den Hamborn-Flieger Josef Gabels von acht auf 13 1/2 Stunden erhöht worden. Gabels war von 9 bis 22.54 Uhr, also bereits in starker Dunkelheit, in der Luft.

Vier Kinder ertrunken.

Memel. Auf dem Dorfteich in Corallischen, Kreis Memel, brachen gestern sechs Kinder durch die dünne Eisbede. Vier Kinder ertranken, die übrigen beiden konnten mit Mühe gerettet werden.

Schwindel oder Wahrheit?

Fund eines Verzechnisses.

Paris. In der Nähe von Perpignan machten Erdarbeiter einen geheimnisvollen Fund. Sie entdeckten in einem Baumstumpf eine veriegelte Flasche mit einer Liste von Schwindstücken, die die Kaiserin Eugenie am 4. Septbr. 1870 einem Spanier übergeben haben soll.

Riesenmeteor zerstört eine Mühle.

Buenos Aires. Ueber der argentinischen Stadt Guale-Guachu ging ein riesiger Meteor nieder, der in eine Mühle stürzte und sie zerstörte. Der Meteor bohrte sich dann noch über zwei Meter tief in den Erdboden.

Vertram auf Java.

Vertraum Flugzeug beschädigt.

Sorabaya (Java). Als der deutsche Flieger Vertram heute (Dienstag früh) 4 Uhr zum Weiterflug zu starten versuchte, gelang es ihm nicht, das schwerbeladene Flugzeug hochzubringen. Das Flugzeug kam in einen Graben am Ende des Flugfeldes. Das Untergerüst und der Propeller zerbrachen. Vertram und sein Mechaniker blieben unverletzt.

Eine Ueberraschung.

Berlin. Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten wendet sich gegen die Abschaffung der Geldzufstellung. Sie habe sich seit Jahren besonders bei den Gewerbetreibenden gut bewährt. Die Abholung kleiner und kleinster Geldbeträge am Posthalter bedeute eine starke Benachteiligung der Postbenutzer und Ueberbeanspruchung der Post. Durch eine Aufgabe der Geldzufstellung würde die Ueberfallgefahr für die Geldzufsteller beseitigt, aber für die Postbenutzer erhöht. Wirkamer Schutz sei durch besonders straffe Bestrafung solcher Ueberfälle und durch bewaffnete Begleitmann in Zivil möglich, der den Geldzufsteller in besonders gefährdeten Stadtvierteln begleiten solle. Kräfte dafür seien aus anderen Dienstzweigen zu bekommen. Die Geldzufsteller sollen auf keinen Fall geschlossene Wohnungen betreten.

Kommisariatsleitung der Reichsanstalt.

Berlin, 12. Dez. Dem Vernehmen nach soll der Präsident des Landesamtes für Siedlungs- und Bauwesen (Baden und Württemberg) Kälin, mit der kommissarischen Leitung der Reichsanstalt und des freiwilligen Arbeitsdienstes betraut werden. Präsident Kälin wurde vor einigen Monaten als ausführender Kandidat für den Posten des Reichsarbeitsministers in der Regierung von Papen genannt, habe aber abgelehnt. Die Bestimmung soll kurz bevorstehen.

SM-Mann auf der Landstraße tot aufgefunden.

Mena. In der Nähe der Ortschaft Nüchelsdorf wurde Montagfrüh ein SM-Mann in Uniform auf der Landstraße als Leiche aufgefunden. An der Nase lag ein Revolver. Die Leiche hatte eine Schußwunde in der Schläfe. Die Polizei untersucht, ob der SM-Mann, der aus Sievershausen stammt, das Opfer eines Verbrechens geworden ist, oder ob er Selbstmord verübt hat.

Rundgebungen gegen Schuldzahlung an Amerika.

460 Festnahmen in Paris.

Paris. Bei den Rundgebungen, die Anhänger der Aktion Française gegen die Schuldzahlung an Amerika am Montag veranstalteten, wurden insgesamt 460 Personen festgenommen, von denen aber die meisten nach Feststellung ihrer Personennamen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

In jede Küche gehören:

MAGGI^s Erzeugnisse

Würze
Suppen
Fleischbrühe

sie helfen sparsam wirtschaften

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

vom 12. Dez. 1932.

Antrieb:	6 Stück Rindvieh	Preise:	1 Stück Rindvieh	0-27 R
"	3 Stück Mälder		Mälder	35-40 R
"	147 Stück Schweine		Schweine	37-42 R
			Alles per	Pfund Lebendgewicht

